

Einleitung

HELMUT KÖNIG, MANFRED SICKING

I.

Die weltpolitischen Konsequenzen des Krieges, den die USA und ihre ›Koalition der Willigen‹ im März/April 2003 gegen den Irak geführt haben, sind noch nicht im Einzelnen abzusehen. Aber *eine* Folge ist bereits sichtbar: Von niemandem erwartet, ist eine intensive öffentliche Debatte über die internationale Ordnung und die zukünftige Rolle Europas in Gang gekommen. Der Irak-Krieg ist zum Katalysator einer breiten Diskussion über europäische Erneuerung und europäische Identität geworden. An ihr beteiligen sich nicht nur die jeweiligen (außen-)politischen Experten der Parteien, der Wissenschaft und der Medien, sondern darüber hinaus und vor allem eine Reihe namhafter europäischer Intellektueller.

Das ist überraschend und neu. Erst jetzt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts und in der Situation tiefer Ratlosigkeit angesichts eines nach dem Zweiten Weltkrieg beispiellosen weltpolitischen Alleingangs durch die USA, beginnen die Intellektuellen damit,

Europa zu entdecken und zu ihrem eigenen Thema zu machen. Die großen Intellektuellen des 19. und 20. Jahrhunderts dagegen haben sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, für Europa nicht interessiert. (Vgl. Lepenies 1991) Zu den Ausnahmen zählen im 20. Jahrhundert einige mittel- und osteuropäische Intellektuelle, für die die Zugehörigkeit zu (West-)Europa zum Inbegriff von Freiheit und Unabhängigkeit wurde und die deswegen Mitteleuropäische Meditationen verfassten. (Vgl. Konrád 1985) Große Resonanzen hat das nicht hervorgerufen.

»Es ist beschämend, aber in der Summe kann gesagt werden, dass die deutschen Intellektuellen weniger für Europa geleistet haben als jeder andere Berufsstand: Europa hat sie gelangweilt.« (Harpprecht 2002: 20)

Es gibt keinen Grund, diese Aussage auf die *deutschen* Intellektuellen einzuschränken.

Im *mainstream* der intellektuellen Debatten der letzten 200 Jahre lagen Themen, die wenig mit Europa zu tun hatten. Die rechten Intellektuellen beschäftigten sich überwiegend mit Staat und Nation, und die linken Intellektuellen kümmerten sich um menschheitliche Fragen. Europa als analytischer Begriff oder als politisch-kulturelle Idee hatte in einer geistigen Welt, die von den Polen Nationalstaat und Menschheit geprägt war, keinen Ort, allenfalls einen negativen. Europa wurde

»als ein mehr oder minder deutlich ausgeprägter Gegenentwurf zu den je eigenen politischen Perspektiven wahrgenommen: im einen Fall als eine die Bestimmtheit von Staat und Nation aufweichende Größe, im anderen Fall als ein universalen Menschheitsperspektiven entgegenstehendes Machtkonglomerat, das als Ausgangspunkt von Kolonialismus und Imperialismus, als Ort innerer Kriege und Bürgerkriege den Visionen einer friedlichen Menschheitsordnung eher entgegenstand als sie beförderte.« (Münkler 1996: 97)

Ende Mai 2003 ergriff eine Reihe namhafter Intellektueller die Initiative und eröffnete in verschiedenen großen europäischen Zeitungen eine Debatte über die Identität und Zukunft Europas nach den Verwerfungen des Irak-Krieges. Jürgen Habermas und Jacques Derrida beklagen in ihrem gemeinsamen Beitrag selbstkritisch das Versagen der Intellektuellen, die es bislang nicht geschafft hätten, das Thema Europa auf die öffentliche Agenda zu setzen, und fordern dazu auf, eine »attraktive, ja ansteckende ›Vision‹ für ein künftiges Europa« zu entwerfen (Derrida/Habermas 2003). Vielleicht markiert der Irak-Krieg tatsächlich den Beginn eines europaweit geführten Diskurses, die Geburtsstunde einer europäischen Öffentlichkeit, den historischen Augenblick, in dem Europa damit beginnt, jenen gemeinsamen Erfahrungs-, Erinnerungs- und Kommunikationsraum auszubilden, dessen Fehlen häufig beklagt und als entscheidendes Hindernis einer vertieften europäischen Integration ausgemacht wurde. (Vgl. Kielmannsegg 1996)

II.

Zur Eröffnung der Pariser Weltausstellung des Jahres 1867 schrieb der damals in Frankreich verfeimte Victor Hugo eine »majestätische Vision« über die Zukunft Europas im 20. Jahrhundert. Die europäische »Nation«, so meinte Hugo, wird »edel, reich, verständig, friedfertig und der übrigen Menschheit gegenüber herzlich gesinnt« sein, sie wird sich

»über den Ruhm der kegelförmigen Geschosse wundern, und sie wird einen General kaum von einem Schlächter unterscheiden können; [...] eine Schlacht zwischen Italienern und Deutschen, zwischen Engländern und Russen, zwischen Preußen und Franzosen wird ihr so vorkommen wie uns eine Schlacht zwischen Pikarden und Burgundern. Die Vergeu-

derung von Menschenblut wird ihr unnütz erscheinen. [...] Jede Grausamkeit wird sie beschämen und entrüsten. Der Anblick eines Schafotts wird ihr eine Beleidigung sein. [...] Man wird nirgends die Freizügigkeit behindern. Die Grenzflüsse werden Pulsadern sein. Eine Brücke zerstören wird so unmöglich sein wie eine Enthauptung. [...] Überall wird das Eisen in Schwertform verschwinden, um als Pflugschar wiederzuer scheinen. Im 20. Jh. wird [diese Nation] sich Europa nennen, in späteren, noch mehr verwandelten Jahrhunderten wird sie Menschheit heißen. [...] Die Verbrüderung des Kontinents – das ist die Zukunft.« (Zitiert nach Foerster 1963: 222f.)

Die Vision wurde nicht aufgegriffen, sie setzte keine Debatte in Gang. Und in fast allen Punkten hat sich Hugo geirrt: Das 20. Jahrhundert ist nicht das Jahrhundert Europas und der Zivilisation geworden, sondern das Jahrhundert der Katastrophen. Ihre Haupthöhlen heißen: Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, Holocaust, Gulag, Hiroshima. Es gibt kein Jahrhundert, das dem 20. an Schrecken und Terror gleichkommt. Dass ›Europa‹ darauf eine Antwort, dass ›Europa‹ überhaupt eine große Idee sein könnte, – diese Vorstellung blieb auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf einige weitblickende Politiker begrenzt, die bei den tonangebenden Intellektuellen nicht auf Unterstützung rechnen konnten.

Europa ist bis heute im Kern ein Projekt geblieben, das funktionalen Gesichtspunkten und Interessen gehorcht und der Herstellung eines großen Wirtschafts- und Währungsgebiets gedient hat. Den marktschaffenden Entscheidungen wurden keine vergleichbar weitreichenden Maßnahmen für ein politisches, kulturelles und soziales Europa zur Seite gestellt. Wie kein Ereignis zuvor konfrontiert der Irak-Krieg die Europäer nun mit der Tatsache, dass sich europäische Politik nicht darin erschöpfen kann, den Austausch von Gütern, Kapital, Personen und Dienstlei-

stungen zu organisieren, und dass sich Wirtschaftsmacht nicht automatisch in (welt-)politische Macht übersetzt.

III.

Die Liste der berechtigten Gravamina gegenüber den USA ist lang. Die amerikanische Weltpolitik nach Clinton und im Vorfeld, im Verlauf sowie nach dem Ende des dritten Golf-Krieges ist hoch fragwürdig. Massenvernichtungswaffen im Irak wurden bislang nicht gefunden, die Verbindungen zum Terrornetzwerk Al Qaida konnten nicht nachgewiesen werden. Die angeblichen Behauptungen und Berichte der Geheimdienste über irakische Pläne zur Uranbeschaffung und eine *Irak-Afrika-Connection* werden zunehmend unglaubwürdiger und changieren zwischen Tragödie und Komödie. Das hat nun auch in den USA und den Ländern der Kriegscoalition zu heftigen Diskussionen über gezielte Falschinformationen der Öffentlichkeit vor dem Kriegsbeschluss geführt. An ihrem Ende könnte eine völlige Neubewertung des Krieges gegen den Irak stehen und die eine oder andere Regierung ins Strudeln geraten. Der Verdacht der gezielten Täuschung und Irreführung in der Informationspolitik wiegt in Demokratien schwer.

Die USA haben mit imperialem Gestus die Verfahren der kooperativen Politik im Raum des internationalen Systems verlassen, die sie selber über Jahrzehnte hinweg maßgeblich mit aufgebaut haben. Seit dem Amtsantritt von Bush hat die amerikanische Außenpolitik unübersehbar militarisierte, unilaterale und hegemoniale Züge angenommen. Wichtige internationale Übereinkünfte gehen erstmals seit 1945 nicht mehr von den USA aus und kommen überhaupt nur noch gegen deren Willen zustande.

Die Geringschätzung internationaler Kooperationen, Institutionen und Regime, die generelle Geringschätzung von *soft power* als Mittel für Konfliktregelungen ist dem amerikanischen Selbstbild nie fremd gewesen. Nach dem Ende des Kalten Krieges hat sie durch die hegemoniale Stellung der USA gewaltigen Auftrieb erhalten. Hegemoniale Haltungen in Verbindung mit heilsgeschichtlichem Sendungsbewusstsein im Dienste von Fortschritt, Freiheit und Demokratie entkoppeln den Gebrauch der politischen Macht von rechtlichen Bindungen und den Prinzipien der Reziprozität, wie sie in der liberalen Staatsphilosophie seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert entworfen wurden und nach und nach Eingang in die politische Praxis gefunden haben. Ein Hegemon begreift sich als absolut souverän, als Gebieter über den Ausnahmezustand. Er entbindet sich von den Einschränkungen, die rechtliche und vertragliche Regelungen ihm auferlegen. Für den Hegemon gilt der Satz aus dem Buch Hiob des Alten Testaments, den Thomas Hobbes 1651 über das Frontispiz seines *Leviathan* schrieb: *Non est potestas super terram quae comparetur ei*. Tatsächlich gibt es keine Macht der Erde, die mit seiner Macht gleichgesetzt werden könnte. Zu supranationalen Institutionen und Regelungen hat der Hegemon ein instrumentelles und interessenbestimmtes Verhältnis. Solange sie der Durchsetzung der eigenen Interessen unmittelbar dienlich sind, werden sie anerkannt, sonst nicht.

In den USA ist gegenwärtig diese instrumentalisierende Lesart des Völkerrechts und der internationalen Kooperationen tonangebend. Das wird nicht dazu führen, dass die USA aus der UNO austreten, obwohl auch das der eine oder andere amerikanische Politiker gelegentlich in Erwägung zieht. Aber vorherrschend ist ein im Wesentlichen taktisches Verhältnis zu diesen Institutionen – und offensichtlich auch zu Europa. Wenn es den eigenen Interessen nützt, werden Formen und Verfahren beiseite geschoben. Das ist der Kern der Unterscheidung, die Robert

Kagan so unverblümt und treffend ausgedrückt hat: Die Amerikaner leben in der Hobbes-Welt der Realpolitik, in der ein Vertrag wenig gilt und die Macht alles ist, die Europäer hingegen träumen mit Kant vom Ewigen Frieden. (Vgl. Kagan 2003)

Der Preis für die Rückkehr zum Paradigma der Staatstheorie von Hobbes ist hoch, auch für den Hegemon USA. Das mit ihr verknüpfte Messen mit zweierlei Maß führt zum Verlust an Glaubwürdigkeit, zur Demütigung von Freunden und Feinden und vor allem zu einer gravierenden Unterschätzung der politischen Konsequenzen, die mit Glaubwürdigkeitsverlusten und Demütigungen einhergehen. Die USA brechen das Völkerrecht und wollen zugleich als Verkündiger des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit in der arabischen Welt anerkannt werden. Sie fordern die Einhaltung des *ius in bello* und verwehren den Inhaftierten auf ihrem Stützpunkt Guantanamo Bay den Status als Kriegsgefangene. Sie entwickeln Pläne für die strafrechtliche Ahndung der Makrokriminalität im Irak und bekämpfen zugleich den Internationalen Strafgerichtshof, weil sie meinen, ihre Bürger vor jedweder Anklage durch dieses Gericht schützen zu müssen.

Ungleichbehandlungen werden von den Gedeemütigten nicht vergessen. Im kollektiven Gedächtnis der arabischen Welt haben sich Bilder eingegraben, an deren Entstehung die USA großen Anteil hatten. Zweifellos beruhen diese Bilder in vielen Fällen auf Verzerrungen und Klischees, sie täuschen über die selbstverschuldeten Blockaden der islamischen Welt hinweg und verschleiern die wirklichen Probleme. Aber zugleich können sie sich von den vielen Beispielen nähren, in denen die USA auf der Seite von Gewaltherrschaften, auch der von Saddam Hussein, standen. Immer wieder haben die USA Militärdiktaturen unterstützt und beim Sturz von Demokratien geholfen, von der Niederschlagung der Unabhängigkeits- und Demokratie-Bewegung auf den Philippinen über die Ermordung des ersten gewählten

kongolesischen Präsidenten Patrice Lumumba bis zu den (verdeckten) Interventionen im Iran 1953, in der Dominikanischen Republik 1968 oder in Chile 1974.

IV.

So wird es wieder nur eine Frage der Zeit sein, bis Zynismus, Doppelzüngigkeit und Unfähigkeit der amerikanischen Politik erneut ans Tageslicht kommen. Es hat ja schon begonnen. Die Schwierigkeiten der Besatzungsmächte im Irak nehmen täglich zu. Nichts von den anvisierten Zielen, die erreicht werden sollten, ist bislang zu sehen. Im Gegenteil: Es mangelt an der Gewährleistung von Sicherheit und physischer Subsistenz, die Wasserversorgung funktioniert nicht, das Erziehungswesen kommt nicht in Gang, zu schweigen vom Aufbau einer Zivilgesellschaft mit unabhängigen Medien und Verbänden oder der Entwicklung eines politischen Systems mit politischen Parteien, demokratisch legitimierten Parlamenten und Regierungen, mit einer funktionierenden Verwaltung und unabhängiger Justiz.

Zur Beschädigung der normativen Autorität, die die USA nicht wahrhaben wollten, kommt nun die Beschädigung ihrer faktischen Autorität, die sie nicht mehr ignorieren können. Schmerzlich wird ihnen bewusst, dass die Kosten weitaus höher sind als kalkuliert und dass die Erfolgsaussichten für eine rasche Realisierung ihrer Ziele schwinden. Mittlerweile ist nicht einmal mehr sicher, ob der Krieg wirklich gewonnen ist oder sein offiziell verkündetes Ende nur der Beginn eines neuen Krieges ist. Das amerikanische Militär spricht offen vom Guerillakrieg, dem es sich ausgesetzt sieht, und weckt damit die Erinnerung an das tief sitzende Trauma des Vietnamkriegs.

Schneller als gedacht ist damit der amerikanischen Überheblichkeit der Boden entzogen worden. Nicht einmal auf ihrem

nach Kagan ureigenen Gebiet, dem Hobbesschen Staatsziel der Sicherheitsproduktion, scheinen die USA erfolgreich zu sein. Und auf die Dauer wird sich die amerikanische Bevölkerung nicht mit dem immer häufiger zitierten Satz von Roosevelt beruhigen lassen, dass es schwieriger ist, den Frieden zu gewinnen als Feinde im Kriege zu besiegen. Zu sehr ist diese Formel dazu angetan, die eigenen Fehler und das eigene Versagen zu kaschieren.

V.

Die Weltgeschichte ist kein Weltgericht, und europäische Genugtuung und Schadenfreude über Schwächen, Ohnmacht und Fehler von anderen machen eigene Unfähigkeiten auf die Dauer nicht wett. Wer für die Zukunft Europas auf diese Logik baut, betreibt die Renaissance der europäischen Identität aus dem Geist des Ressentiments und der vordergründigen Abgrenzung gegen die USA. Das ist gewiss verlockend. Denn noch immer gibt es nichts Besseres für die innere Einigung und Integration als einen gemeinsamen äußeren Gegner. Nichts eint so sehr, nichts lässt so leicht die internen Differenzen vergessen wie die Gemeinsamkeit eines Antipoden.

Aber es ist noch keine europäische Außen- und Sicherheitspolitik, beim Scheitern des amerikanischen Hegemons im Irak oder im Nahen Osten zuzusehen. Der Irak-Krieg zeigte das Scheitern der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, – das heißt nicht, dass die amerikanische Außenpolitik gelingen muss. Und umgekehrt ist ein mögliches Scheitern der Amerikaner im Irak keine Garantieurkunde für die Qualitäten Europas. Für europäische Überheblichkeit gibt es ohnedies keinen Grund. Die Liste der Fälle, in denen Europa (und die UNO) nach 1945 kläglich versagt haben, ist nicht kürzer als die

entsprechende Liste der USA, – von den Schandtaten auf dem europäischen Kontinent in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu schweigen. An erster Stelle steht die deprimierende Tatenlosigkeit im Balkankonflikt, die das Terrain für die Massenmorde in Srebrenica ebnete. Diese Erfahrung ist es, die im Hintergrund der Haltungen vieler osteuropäischer Politiker und Intellektueller wie Adam Michnik oder Václav Havel steht, die beim Kampf gegen Menschenrechtsverbrechen und Despoten eher den USA vertrauen als den Europäern und der UNO.

Die Ohnmacht des Völkerrechts und die immer wieder unter Beweis gestellte Tatenlosigkeit der UNO unter Einschluss der Europäer gegenüber tyrannischen Regimen und Völkermorden ist ein Skandal: gestern in Ruanda, heute im Kongo. Die Europäer favorisieren den Einsatz von *soft power*, von Verhandlungen, gesellschaftlichen Beziehungen, ökonomischen Kooperationen, internationalen Regimen. Aber der Einsatz von *soft power* ist nicht immer gut, der Einsatz von Gewalt nicht immer schlecht. Die Anzahl der Toten im Irak, die auf den Wirtschaftsboykott zurückgehen, übersteigt die Toten des Krieges um ein Vielfaches. Auch die Europäer haben mit Despoten kooperiert, und auch das Stillhalten gegenüber Tyranneien ist eine politische Entscheidung. Ein europäisches Bewusstsein für die Paradoxien und Ambivalenzen politischen Handelns und Übungen zur Steigerung der politischen Urteilskraft sind dringend erforderlich. Es sollte mit einigen Naivitäten aufräumen und mindestens die Unterscheidung zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik und das Problem der Divergenz von Mitteln und Zwecken in der Politik in Erinnerung rufen.

Und ob die Europäer wenigstens in Sachen *nation- und state-building* wirklich besser sind, ist keineswegs ausgemacht und erst noch unter Beweis zu stellen. Sicher: Die Erfolgsquote der USA auf diesem Gebiet ist nicht sehr hoch. In den 16 Fällen, in denen amerikanische Regierungen in den letzten einhundert

Jahren nach Militärinterventionen versucht haben, einen demokratischen Staat aufzubauen, waren sie nur zweimal erfolgreich, nämlich in der Bundesrepublik und in Japan. Und im Falle des Irak werden die Voraussetzungen als besonders schlecht eingeschätzt. (Vgl. Pei/Kasper 2003)

Ob die UNO im Kosovo viel mehr erreichen wird als die USA in anderen Fällen erreicht haben, darf durchaus bezweifelt werden. Vier Jahre nach dem Ende des Krieges ist dort die Lage in einigen Bereichen kaum besser als heute, einige Monate nach dem Ende des dritten Golfkrieges im Irak. Auch in Bosnien oder Afghanistan kann bislang von mehr als sehr bescheidenen Ansätzen eines funktionierenden Staats- und Gemeinwesens keine Rede sein.

Und Enzensberger hatte schon Recht: Etwas mehr Freude über das Ende des despotischen Regimes im Zweistromland wäre angebracht gewesen, etwas mehr Erschrecken über das Ausmaß der Tyrannei und des Mordens und über die eigene Gleichgültigkeit ihnen gegenüber ebenso. (Vgl. Enzensberger 2003) Die Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen des irakischen Tyrannen und seiner Helfer sind keine *quantité négligeable*: Giftgasangriffe auf Halabdscha im Jahre 1988, Einsatz chemischer Waffen im ersten Golfkrieg gegen den Iran, Verfolgung und Ermordung irakischer Kurden und Schiiten, jahrelanger Gebrauch von Terror bei der Verfolgung der Regimegegner, scheußlichste Foltermethoden (Ausstechen von Augen, Elektroschocks und Säurebäder, Durchbohren der Handflächen mit Elektroboren), Massenmorde, die in die Tausende gehen, Sippenhaft, Zwangsvertreibungen. Anerkannte Menschenrechtsorganisationen wie *Human Rights Watch* und *Amnesty International* haben darüber seit Jahren berichtet.

Die Beiträge des vorliegenden Buches gehen auf eine Vortragsreihe zurück, die anlässlich der Verleihung des Internationalen

Karlspreises zu Aachen an Valéry Giscard d'Estaing im Mai 2003 veranstaltet wurde. Die Beiträge des Buches bieten eine Bestandsaufnahme und greifen einige Aspekte, Elemente und Themen auf – beileibe nicht alle –, die für die Zukunft Europas nach dem Irak-Krieg zentral sind.

Ernst-Otto Czempiel zeigt, wie tief der Riss zwischen Europa und den USA geht und worauf er zurückzuführen ist. *Christian Tomuschat* untersucht die ablehnende Haltung, die die USA zum Völkerrecht und zu den Vereinten Nationen in der Irak-Krise eingenommen haben, und lotet die Perspektiven für eine Veränderung dieser Haltung aus. *August Pradetto* analysiert die Auswirkungen für die NATO, die seit ihrer Gründung 1949 eine wichtige transatlantische Klammer war und im Konflikt um den Irak-Krieg völlig an den Rand gedrängt worden ist. *Herfried Münkler* zeigt, dass der überlegene Sieg der ›Koalition der Willigen‹ im Irak-Krieg und die sich abzeichnenden Guerillakämpfe die zwei Seiten der neuen Kriege sind, die das 21. Jahrhundert prägen werden. *Jürgen Kocka* legt dar, dass sich die Idee einer europäischen Identität zwar auf eine Reihe von Vorarbeiten und Traditionen stützen kann, aber im Kern und unvermeidlich eine Konstruktion, eine *politische* Konstruktion ist. *Emanuel Richter* unterzieht den Entwurf für eine europäische Verfassung einer demokratietheoretisch ausgerichteten Lektüre und fragt nach dem Erscheinungsbild der ›Weltmacht Europa‹, das dort formuliert wird. Und schließlich – last but not least – analysiert *Gudrun Krämer* das Verhältnis des Islam zur Moderne, das seit den Thesen von Huntington und den Ereignissen des 11. September 2001 zu Recht zu einem zentralen Bezugspunkt der weltpolitischen Zukunftsdiskussionen geworden ist.

Die Beiträge sind Wortmeldungen in einer Debatte, die gerade erst angefangen hat, und sie sind zugleich Interventionen in politische Verwerfungen und Entwicklungen, von denen noch niemand genau weiß, wohin sie gehen werden und wohin sie

gehen sollen. Es ist selbstverständlich, dass jeder Mitarbeiter dieses Buches für seine Ausführungen und Positionen selbst verantwortlich ist.

Die Herausgeber danken Sabine Schielke für die redaktionelle Bearbeitung der Manuskripte und dem Kulturwissenschaftlichen Institut Essen sowie dem Außen-Institut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen für die Unterstützung bei der Publikation dieses Buches.

Literatur

- Derrida, Jacques/Habermas, Jürgen (2003): »Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 31.05.2003.
- Enzensberger, Hans Magnus (2003): »Blinder Frieden. Eine Nachschrift zum Irak-Krieg«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15.04.2003.
- Foerster, Rolf Hellmut (Hg.) (1963): *Die Idee Europa 1300 – 1946. Quellen zur Geschichte der politischen Einigung*, München.
- Harpprecht, Klaus (2002): »Keine Festouvertüre für den Euro – aber ein Glückstag«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 1/2.
- Kagan, Robert (2003): *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin.
- Kielmansegg, Peter Graf (1996): »Integration und Demokratie«, in: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch (Hg.): *Europäische Integration*, Opladen.
- Konrád, György (1985): *Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen*, Frankfurt a.M.
- Lepenies, Wolf (1991): »Aufstieg und Fall der Intellektuellen in Europa«, in: *Neue Rundschau*, Heft 1.

Münkler, Herfried (1996): *Reich, Nation, Europa. Modelle politischer Ordnung*, Frankfurt a.M.

Pei, Minxin/Kasper, Sara (2003): »Lessons from the Past: The American Record on Nation Building«, in: *Carnegie Endowment for International Peace*, Policy Brief vom 24.03.2003.